

ABSCHSCHRIFT

Bremen, den 2.11.1941

An den
Herrn Regierenden Bürgersleister,
SA.- Oberguppenführer Böhmcker

Bremen
Rathaus

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister und Parteigenosse!

Während in Bremen die Kirchenregierung unter Führung des Landesbischofs durch illegale Beschlüsse machtlos geworden ist und die Bekenntnisfront sich zu konsolidieren anschickt, kann in unserer Stadt in einer Kirche folgendes sich ereignen:

Der Pastor an St. Stephan! Lic. G. Greiffenhagen gewährte in seinem Gottesdienst drei Juden , gekennzeichnet durch den Judensterne –

1 Mann und 2 Frauen - das Gastrecht. Aber nicht nur dies! Er feierte mit ca. 25 Personen seiner Gemeinde mit diesen Juden das Abendmahl im Anschluß an den Gottesdienst in einem öffentlichen Kirchenraum. Aber nicht nur dies! Nach der Feier wurden diese Juden draußen vor der Kapelle derart provozierend beglückwünscht, als wenn es sich um Abschied von lieben Menschen handele. Aber nicht nur dies! Zwei deutsche Frauen vergaßen derart ihre Ehre, daß sie die Jüdin einhakten und mit ihr Arm in Arm über den Kirchhof nach Hause gingen. Dies geschehen am 2.11.1941-1 in einer deutschen Kirche. Dies geschehen unter Mithilfe eines Pastors, der sogar den grauen Ehrenrock des deutschen Soldaten trägt. Dies geschah während draußen im Osten deutsche Soldaten und Volksgenossen ihr Leben und Blut hergeben, gemordet von jüdisch-bolschewistischen Bestien. Als deutscher Mann, als alter Parteigenosse fühle ich mich durch ein derartiges Verhalten beleidigt in meinem deutschen Ehrgefühl und bitte daher die Staats- und politischen Stellen um weitere Veranlassung und Ahndung.

Heil Hitler
gez Unterschrift

Worauf bezieht sich diese Denunziation⁷

Die Gemeinde St. Stephani Süd gehörte der Bekennenden Kirche an; sie grenzte sich also gegen das von den nationalsozialistischen Machthabern gestützte Kirchenregiment der Deutschen Christen ab und bekannte sich ganz und ausschließlich zum Gehorsam unter dem Wort Gottes. Diese kompromisslose Haltung zog viele tief religiöse Menschen an, die Mitglieder der Bekenntnisgemeinde wurden.

Ende Oktober 1941 wurde den jüdischen Bürgern der Stadt Bremen mitgeteilt, daß sie sich auf ihre Deportation zum Arbeitseinsatz im Osten vorzubereiten hätten. Die Version vom Arbeitseinsatz wurde damals, das belegen die Quellen eindeutig, allgemein geglaubt. So machte es Sinn, daß in St. Stephan! für die von der Deportation bedrohten Gemeindeglieder, die sogenannten "Judenchristen", warme Kleidung, Decken und Schuhe gesammelt wurden. Vier von der Abstammung her jüdische Familien gehörten als getaufte Christen der Gemeinde an. Der Zusammenhalt mit ihnen war über die Jahre der NS- Herrschaft unvermindert gepflegt worden. Auch als sie den Judenstern tragen mußten, wurden sie ermutigt, weiter an den Gottesdiensten und Bibelstunden teilzunehmen. Am Zusammenstellen und Austragen der warmen Kleidung beteiligten sich neben anderen vier Lehrerinnen: Thusnelde Forck wählte Zeug aus den Beständen der Nähstube aus, das die Kolleginnen Maria Schröder, Hedwig Baudert und Anna Elisabeth Dittrich den Familien in die Häuser brachten. Die Frauen haben über ihre Besuche später berichtet Maria Schröder suchte Frau Abraham auf. Sie "wohnte ziemlich kümmerlich in einer der schmalen Altstadtstraßen. In dem großen, fast leeren Wohnraum standen auf dem Fußboden zwei halb gefüllte Koffer. Elend und Angst starrten mich an. Wie schämte ich mich über die Grausamkeit unseres Volkes!" Hedwig Baudert begründete ihren Einsatz "aus dem innersten Empfinden heraus, daß sie ihren Gemeindegliedern ein Wort des Trostes bringen müsse und daß die Abrahams merken möchten, daß sie in Gedanken mit ihnen auf die weitere Reise gehe."

Pastor Greiffenhagen lud die Betroffenen zum Reformationsgottesdienst am 2 November ein. Nach dem gemeinsamen Abendmahl schloss Greiffenhagen die zur Deportation Bestimmten in die Fürbitte ein, segnete sie und übergab ihnen Schriften zur seelsorgerlichen Betreuung und die Kollekte von 30 RM für den angeblich bevorstehenden "Neuanfang" Was nach dem Gottesdienst vor der Kirche geschah, konnte der am Stephanikirchhof wohnende Pastor der Deutschen Christen Fischer beobachten - er meldete es weiter an den Regierenden Bürgermeister.

Daraufhin wurden acht Frauen und zwei Männer aus der Gemeinde verhaftet, darunter zwei jüdischer Abstammung, nämlich die Geschwister Ernst Abraham und Anna Ringsdorf. Sie kamen nicht wieder frei und wurden am 18. November 1941 zusammen mit 438 Bremer Juden nach Minsk deportiert. Verhaftet wurden außerdem der Vorsitzende Dr. Gustav Meyer die Gemeindegliederin Maria Koppen, die bereits erwähnte Maria Schröder und ihre Stiefmutter Anna Schröder, Emma Gerhold, Maria Maack, Marie Michael und Margarethe Schierenbeck. Frau Pastor Greiffenhagen entging nur durch Krankheit dem gleichen Schicksal. Ihr wurde trotz ihrer sechs Kinder jede Hilfe für den Haushalt entzogen; die Familie galt fortan als "jüdisch versippt".

Die Gemeindeleitung protestierte gegen den schweren Eingriff in das Gemeindeleben mit einem von Magdalene Thimme verfassten Brief, der an den Regierenden Bürgermeister und an verschiedene Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche ging. Die Studienrätin Magdalene Thimme war für die Behörden und die Gestapo keine Unbekannte. Sie war 1939 in den Ruhestand versetzt worden, weil sie sich geweigert hatte, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt NSV beizutreten. Begründet hatte sie ihre Haltung damit, daß die NSV Nichtarier und Erbkrankte von der Hilfeleistung ausschließe, während sie als Christin sich jedem Bedürftigen verpflichtet fühle.

Frau Thimme hatte sich nach der Entlassung aus dem Schuldienst ganz der Arbeit in St. Stephani Süd gewidmet. Sie wurde zum führenden Kopf in der Gemeindeleitung und im sogenannten

"Bruderrat", dem im Krieg bald mehr Frauen als Männer angehörten. Als alle Pastoren eingezogen waren, hat Magdalene Thimme sich für die Ausarbeitung der Predigten, für den Konfirmandenunterricht und für die seelsorgerliche Betreuung von Soldaten und Evakuierten weitgehend übernommen. Sie vertrat mit äußerster Konsequenz einen kompromisslosen Standpunkt und hielt die Gemeinde in den Wirren des Krieges zusammen, unterstützt von vielen anderen Frauen.

Die drei Unterzeichner des Briefes an Bürgermeister Böhmcker wurden vom Innensenator vorgeladen. Elisabeth Forck schildert:

"So schrieben wir den Brief an den fanatischsten aller Judenhasser, der in der 'Reichskristallnacht' selbst die Brandfackel an die Synagoge gelegt hatte, und unterschrieben als Gemeindeleitung insgesamt und dann einzeln mit unseren Namen. Ich werde wohl nicht vergessen, wie ich unterwegs mit mir gekämpft habe, ob ich den Brief, der mir mitgegeben war, in den Briefkasten stecken oder besser zerreißen und verbrennen sollte. Es erschien mir sinnlos. Aber hätte ich damit nicht eine Unterschlagung begangen und die anderen betrogen? Und noch eine Nacht darüber vergehen lassen und morgen eine andere Fassung wählen? Konnten wir aber wissen, ob wir selber morgen noch in Freiheit wären? Ich habe den Brief eingesteckt. Nun mochte kommen, was da kommen sollte." Elisabeth Forck als Beamtin wurde ihre Initiative besonders angekreidet. "Sie sind mitten im Kriege zum Landesfeind übergegangen", herrschte sie der Senator an, "Denn die Juden sind Volksfeinde Nr. 1. Damit haben sie sich des Landesverrats im Kriege schuldig gemacht. Vielleicht wissen Sie ..., was einen Landesverräter erwartet. Ihre Akte liegt bereits bei der Gestapo. - Gehen Sie!" Die Inhaftierten hatten sich mehreren Verhören zu unterziehen, wobei sie sich bemühten, ihren Standpunkt, daß getaufte Juden zur Gemeinde gehörten, beizubehalten, ohne die Mächtigen allzu sehr zu provozieren. Die Gemeindegemeindeführerin Maria Koppen sollte auf Wunsch der Behörde entlassen werden, da sie aber bei der Gemeinde und nicht beim Staat angestellt war, konnte dieses Ansinnen zurückgewiesen werden.

An den vier Lehrerinnen sollte nun ein Exempel statuiert werden. Bei den Verhören vor der Gestapo und dem Vertreter der Landesregierung wurde ihnen die Frage vorgelegt, ob sie in vergleichbarer Situation wieder so handeln würden. Maria Schröder, Hedwig Baudert und Anna Elisabeth Dittrich antworteten bejahend und brachten auch zum Ausdruck, daß sie die staatliche Vorgehensweise gegenüber dem sogenannten "lebensunwerten Leben" nicht billigen konnten. Sie beriefen sich auf ihre Christenpflicht zur Nächstenliebe und sahen ihren Beamteneid durch ihr Handeln nicht verletzt.

Es war ein gewagtes Unterfangen, den in nationalistischen, rassistischen und biologistischen Kategorien denkenden Beamten mit der universalen Erlösungsbotschaft des Christentums gegenüberzutreten, aber die drei Frauen brachten ebenso wie die Gemeindegemeindeführerin den Mut dazu auf. Ihre nicht aggressive Standfestigkeit schien auch auf die Behördendenkenker nicht ohne Wirkung zu bleiben. Ihre Schulleiter sprachen zu ihren Gunsten, aber die politische Spitze war unerbittlich. Der Bürgermeister schlug vor, die Lehrerinnen in den Osten zu versetzen. Darauf ließ sich die bremische Schulbehörde ein, denn sie war verpflichtet, 40 Lehrkräfte in den zu germanisierenden Osten abzuordnen, wogegen es in der Lehrerschaft großen Widerstand gab. Nun schien es nahezuliegen, die unbotmäßigen Pädagoginnen nach Litzmannstadt alias Lodz zu schicken, wo sie sich, so der zynische Kommentar, im Anblick des dortigen Ghettos über Rassenunterschiede belehren könnten.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß der Regierungspräsident von Litzmannstadt es dankend ablehnte, derart unzuverlässige Elemente als deutsche Erzieherinnen zu akzeptieren. Rassenkunde könnten sie dort nicht lernen, denn die Juden saßen völlig isoliert im Ghetto. Nun leitete der Bürgermeister ein Dienststrafverfahren gegen die drei Frauen und auch gegen Thusnelde Forck ein, obwohl diese zugestanden hatte, sie werde ihr Verhalten gegenüber Nichtariern revidieren. Die Dienststrafkammer Oldenburg entschied, daß die Beamtinnen bis auf Thusnelde Forck aus dem Dienst zu entfernen seien bei einem minimalen Übergangsgeld

für die Dauer von drei Jahren. Sie legten Revision ein und erreichten im November 1942 vor dem Reichsverwaltungsgericht, daß sie bei gekürzten Bezügen im Amt belassen wurden. Damit aber nicht genug. Im Februar 1943 strengte der Reichserziehungsminister ein Dienstrafverfahren gegen die drei Lehrerinnen an mit dem Ziel, sie so wie zuvor schon Magdalene Thimme in den Ruhestand zu versetzen, da sie nicht die Gewähr böten, jederzeit für den nationalsozialistischen Staat einzutreten.

Das Verfahren zog sich in die Länge, und als im Februar 1944 schließlich ihre Belassung im Amt bei gekürzten Bezügen als Recht erkannt wurde, spielte sicher auch der gravierende Lehrermangel eine Rolle bei dieser Entscheidung.

Zum Abschluss seiner detaillierten Darstellung der Vorgänge schreibt Diether Koch:
„Im Rückblick sind die Ereignisse in der Gemeinde 1941 bis 1944 kaum noch zu begreifen. Da geschah nichts weiter als ein ganz unpolitischer Gottesdienst und eine karitative Hilfeleistung - wenig genug angesichts der Bedrohung. Aber dies wenige, was dort geschah, war in der evangelischen Kirche Bremens das meiste, was überhaupt geschehen ist. Und dies wenige zog über Jahre hinaus, bis nach Berlin und München, seine Kreise. Offensichtlich hatte die kleine Gemeinde mit ihrem Festhalten an Menschen jüdischer Herkunft den Nerv nationalsozialistischer Überzeugung getroffen.“